

1. Westdeutschland und Westberlin werden in den aggressiven Atlantik-kriegspakt einbezogen.
2. Die Remilitarisierung Westdeutschlands wird beschleunigt weitergetrieben. Es wird — teilweise als motorisierte Polizeitrupps getarnt — eine westdeutsche Söldnerarmee aufgestellt.
3. Ein Friedensvertrag wird verweigert. Dagegen soll der „Kriegszustand“ bei völliger Aufrechterhaltung und Verewigung des Besatzungsregimes formal beendet werden.
4. Die Besatzungs- und Interventionstruppen der Westmächte in Westdeutschland werden beträchtlich verstärkt. Die Besatzungskosten werden entsprechend erhöht.
5. Die Bonner Regierung hat die deutschen Vorkriegsschulden und die Kosten der Marshallplanlieferungen anzuerkennen.

Diese Beschlüsse bedeuteten eine weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands, einen weiteren Schritt auf dem Wege der Wiederbelebung des deutschen Militarismus und Imperialismus.

In seiner am 8. Oktober 1950 gehaltenen Rundfunkansprache über diese New Yorker Konferenz und ihre Beschlüsse erklärte der amerikanische Hochkommissar John McCloy unter anderem:

„Diese Beschlüsse bedeuten den neuesten Schritt in Richtung auf ein Ziel, für das wir seit 1945 ständig gearbeitet haben.“

(Europa-Archiv, Frankfurt/Main, Nr. 21/1950, S. 3477.)

Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Herstellung der Einheit Deutschlands

Gegen diese Spaltungspolitik brachte jedoch das deutsche Volk immer entschlossener seinen Willen zum Ausdruck, denn das Lebensinteresse der deutschen Nation erfordert die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Im Sinne dieses Wollens der Bevölkerung gab am 15. September 1951 Ministerpräsident Otto Grotewohl aus unmittelbarem Anlaß der Washingtoner Außenministerkonferenz, eine Regierungserklärung vor der Volkskammer ab. Im Anschluß daran faßte die Volkskammer eine Entschließung, in der

„... dem Bundestag der Deutschen Bundesrepublik der Vorschlag für eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands“

gemacht wurde.

Diese gesamtdeutsche Beratung soll folgende Aufgaben erfüllen:

„... Für ganz Deutschland freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands festlegen.“

„Den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauf folgenden Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland verlangen.“

Der Bonner Bundestag behandelte in seiner Sitzung am 27. September 1951 den Appell der Volkskammer und lehnte ihn ab.

Das war der Anlaß der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl am 10. Oktober 1951. In dem Appell der Abgeordneten der